



An
Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Herrn Vize-Bundeskanzler und Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Durban Review Konferenz

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel, sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,

mit großer Bestürzung und Verständnislosigkeit haben wir die Absage Deutschlands zur Teilnahme an der Durban Review Konferenz (DRK) in Genf zur Kenntnis genommen.

Der Boykott der Konferenz durch Deutschland und neun weitere Staaten hat nicht nur den Kampf gegen Rassismus geschwächt, sondern auch dem Ansehen der Vereinten Nationen geschadet. Als Mitglied der Vereinten Nationen ist Deutschland verpflichtet, einen Dialog innerhalb der Staatengemeinschaft - mit all den Schwierigkeiten - zu führen. Wie mit divergierenden Positionen umgegangen werden kann, verdeutlichte für die europäischen Staaten der Vertreter Norwegens. Ein Land wie Deutschland sollte Reden, die zum Hass aufstacheln oder andere einseitig diskriminieren, etwas entgegensetzen und nicht durch Fernbleiben das Feld denjenigen überlassen, die das Forum der Vereinten Nationen für rassistische oder antisemitische Hetze missbrauchen.

Die europäischen Staaten haben mit ihrem politischen Taktieren den Menschen, die Opfer von Rassismus sind, einen Bärendienst erwiesen. Deutschland ist verpflichtet, sich an dem weltweiten Kampf gegen Rassismus zu beteiligen und einen Beitrag zur Verwirklichung des Versprechens „alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten“ zu leisten. Rassismus missachtet diese Werte, verletzt die Menschenrechte und kann zu Gewalt und Krieg führen. Schon in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bekannte sich die Völkergemeinschaft zu den Menschenrechten als „die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden“ (Satz 1 der Präambel). Die Ursachen von Gewalt und Rassismus liegen unter anderem auch in den damals wie heute bestehenden unfairen Wirtschaftsverhältnissen, die sich durch die aktuelle Finanzkrise noch zu verschlimmern drohen.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit setzt sich seit ihrer Gründung mitten im ersten Weltkrieg 1915 als älteste Frauen-Friedens-Organisation gegen alle Formen von Krieg, Gewalt und Rassismus ein. Die deutsche Sektion hat sich in Genf gemeinsam mit dem dortigen Internationalen Büro der IFFF/ WILPF bei der DRK vor Ort dafür eingesetzt. Deutschland trägt nicht nur eine besondere Verantwortung wegen vergangenen Unrechts, wozu der Holocaust und der Kolonialismus zählen - auch aktuell stellt Rassismus in Deutschland eine wiederauflebende und ansteigende Bedrohung dar. Deutschland hat sich nicht nur Problemen von Rechtsextremismus, sondern auch von Alltagsrassismus zu stellen, der in der gesamten Gesellschaft verbreitet ist. Rassistische Diskriminierungen finden nach wie vor direkt und indirekt statt und sind auch strukturell in Deutschland verankert. In der Form von Mehrfachdiskriminierungen nehmen sie besonders gefährdende Formen an, insbesondere auch für Frauen.

Daher begrüßen wir, dass Deutschland das Abschlussdokument der Durban Review Konferenz mittragen und unterstützen wird.

Wir fordern Sie auf, die Anerkennung und Implementierung der Erklärung gegen Rassismus und des Aktionsprogramms von Durban sowie der Abschlusserklärung der Durban Review Konferenz aktiv zu unterstützen und zu fördern.

Wir fordern Sie auch auf, uns darzulegen, in welcher Form das Abschlussdokument mitgetragen werden soll und welche konkreten Schritte Sie zur Umsetzung planen.

Mit freundlichen Grüßen
Irmgard Heilberger, heilberger@wilpf.de
Vorsitzende der Deutschen Sektion, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit / IFFF / WILPF